



VORARLBERG

Antrag 1

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 162. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 20. Oktober 2009

Gegen Einsparungen auf Kosten der Post-Beschäftigten

Obwohl die Post AG zweistellige Millionen-Gewinne macht, versucht sie, die Gewinne auf Kosten der MitarbeiterInnen und KundInnen ständig weiter zu maximieren. Unter dem Vorwand, sich für die Liberalisierung des Postmarktes „fit“ zu machen, betreibt die Post AG ein brutales Spar- und Lohnkürzungsprogramm. Die Stichworte: Schließung von Postfilialen, Mehrarbeitszeiten für BriefzustellerInnen, Abbau von Personal und massiver Druck auf Beschäftigte mit unzulässigen Kettendienstverhältnissen, in den neuen, schlechter dotierten KV zu wechseln.

Obwohl es bei der Post in Vorarlberg bereits personelle Engpässe gibt, versucht sie, mit der Androhung von Kündigung MitarbeiterInnen mit Kettendienstverhältnissen (befristete Dienstverhältnisse, die mehrfach nacheinander verlängert wurden) in den neuen Kollektivvertrag zu pressen. Betroffene, die damit nicht einverstanden sind, müssen den Klagsweg beschreiten, um zu ihrem Recht, einem unbefristeten Arbeitsverhältnis im alten Kollektivvertrag, zu kommen.

Laut der gängigen Rechtsprechung wird im Falle eines Kettendienstverhältnisses die Befristung für nichtig angesehen und das Arbeitsverhältnis gilt als von Anfang an unbefristet.

Für die ca. 80 Betroffenen im Lande bedeutet ein Wechsel vom alten in den neuen Kollektivvertrag erhebliche finanzielle Verluste. Ein Briefträger würde nach zehn Jahren rund 300 Euro (brutto) einbüßen. Je nach bisheriger Tätigkeit kann der Verlust bis zu 470 Euro im Monat (brutto) betragen. Das Umgehen von Rechtsvorschriften ist vollkommen inakzeptabel und wird ebenso entschieden abgelehnt, wie das derzeit bei der Post aktiv betriebene Lohndumping.

Die 162. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg fordert daher die Post AG auf,

- **den mit massivem Druck erzwungenen Wechsel von Beschäftigten mit Kettendienstverhältnissen in den neuen KV-Vertrag sofort zu stoppen und die mehrfach verlängerten befristeten Dienstverhältnisse in unbefristete Dienstverhältnisse im bestehenden KV umzuwandeln und die laufenden Verfahren entsprechend zu beenden,**
- **die MitarbeiterInnen zu entlasten und durch die Neueinstellung von Beschäftigten die angespannte Personalsituation zu verbessern,**
- **die Schließung von Postfilialen zu stoppen und die damit verbundene Verunsicherung der Beschäftigten wie der Bevölkerung endlich zu beenden.**